

# Volksstimme

**Redaktion:**  
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17  
Jahrgang 6802  
Sprechstunde täglich von 12-1/2-4 Uhr.

**Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)  
für den Regierungsbezirk Merseburg**  
Erscheint mit der Sonntags-Interkalurnachrichte „Der Gesellschaftler“  
täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Verlag und Expedition:**  
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27  
Jahrgang 6807  
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 18 Preis: Monatlich 225 Mk. von Haus Post Abholung 200 Mk. Bei den Postämtern vorwärts 600 Mk. ohne Versteck Einzahlungen 15 Cent. Halle, Donnerstag, den 22. Januar 1920. Anzeigenpreis: Die 6. Spaltenzeile 200 Mk. 1. Spalte 100 Mk. 4. Jahrgang

## Ein Wort zum Eisenbahnerstreit.

Seit mehr als einem Jahre wird die Öffentlichkeit andauernd beunruhigt durch Streikbewegungen der Eisenbahner, die bald hier, bald dort aufkamen und für Tage, manchmal auch für Wochen Teile des Eisenbahnbetriebes still legen. Den Höhepunkt erreichte die Bewegung zu Beginn dieses Jahres; denn sie erstreckte sich nicht mehr auf einzelne Orte oder Bezirke, sondern auf alle Teile des Reiches. Den Anfang machte Magdeburg, am 30. Dezember ein 24tägiger Streik proklamiert wurde. Dann folgte Frankfurt a. M. mit der Ankündigung der politischen Meßens, und endlich in den ersten Januar Tagen folgten in hundert Reichsteile Arbeits-einstellungen im rheinischen Industriegebiet, in Ostpreußen, Ostfalen, Sachsen usw. An der Spitze von Telegrammen und etlichen Zuschriften an die Vorstände der Eisenbahnerverbände wurden aus allen möglichen Orten Arbeits-einstellungen angefordert. Zur persönlichen Befriedigung der erregten Stimmung im ganzen Lande trafen unaufrichtig Deputationen der Eisenbahner in Berlin ein, und immer wurde dieselbe Erklärung laut: Wir können an unserer Dienststelle die Leute nicht mehr halten! Angesichts dieser Erklärung wäre es vorzuziehen, von einer politischen Forderung zu sprechen. Die Tatsache, daß das große Heer der Beamten sich in Kampfesstimmung befand, erinnerte nur daran, daß in Bayern die Erhebung der Reichsbahnreform förmlich gefordert wurde und daß die Beamten im Direktionsbezirk Frankfurt a. M. sich mit den Arbeitern solidarisch erklärten, diese Tatsache sollte eigentlich

## Die Ausführung des Friedensvertrages.

**Paris, 21. Januar.** Laut Kavass-Meldung hat der Oberste Rat heute beschlossen, daß kommenden Sonntag die Konferenz der Kaiserliche eröffnet werden soll, welche die Ausführung des Berliner Friedensvertrages und die laufenden Geschäfte besorgen soll. Die großen Fragen der allgemeinen Politik werden besprochenen Konferenzen der Regierungschefs vorbehalten bleiben.

soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, nur um Mannschaften und Unteroffiziere, dagegen keine Offiziere. Ein besonders stiellicher Empfang fand nicht statt. Ausbrachen wurden nicht gehalten. Die Schriftschreiber wurden mit Kaffee besetzt und mit Liebesgaben besetzt.  
Der nächste Anruf wird nach im Laufe des Tages erwartet. Dann werden tagtäglich Züge in Herbsthal über die Grenze kommen.

**Clemenceaus' Wunsch.**  
**Paris, 21. Januar.** (Dachnachricht.) Nach Beendigung der Sitzung des Obersten Rates verabschiedeten sich die Mitglieder im Falle von Ministerpräsident Millerand von Clemenceau. Clemenceau verabschiedete auf verschiedene Anfragen in einer langen Rede und las: Alle Mitglieder des Friedenskonferenz hätten das, was sie als des Interesses ihres Vaterlandes ansehen, getan, gut vorbereitet. Jedoch habe man niemals außer Acht gelassen die Notwendigkeiten des gemeinsamen Einverständnisses. Wenn die beschriebenen Anträge der Aktion genehmigt werden, dann wird es ein sehr großes Europa geben. Wenn dies nur geschieht, wenn das reichhaltige Ziel erreicht werden. Mehr als alles aber habe er die Notwendigkeit der Entente. Wenn England, Amerika, Italien und Frankreich vereinigt bleiben, so ist das eine Garantie für den Frieden, die alle Sicherheiten übersteigt, die man auf das Papier schreiben kann. Wenn dies nicht geschehen, wenn die Entente zerfällt, dann wäre es nicht das, was man voraussetzen, das daraus entstehen könnte.

**Neuer Streitbeistand der Gastwirte.**  
Der Verband der Hotelbesitzervereine Deutschlands in Köln und Düsseldorf hat den zuständigen Reichsministerien eine Mitteilung unterbreitet, nach der die Hotelbesitzer, die Gastwirte, die Inhaber von Sanatorien, Fremdenheimen und Sanatorien und die Kassenbesitzer ihrer Nebenbetriebe zu schließen und dem Personal am 1. Februar zu schließen beabsichtigen. Die Entscheidung soll diesmal so lange dauern, bis die Forderung, als Verbraucher und nicht als Geschäftshändler anerkannt zu werden, von der Regierung genehmigt wird.

**Ständischer Kredit für Deutschland.**  
**Amsterdam, 21. Januar.** „Telegraaf“ meldet, daß demnach von der niederländischen Regierung ein Gesuch entworfen betreffend die Gewährung eines Kredites von 200 Millionen Gulden an Deutschland einbracht werden wird. Solche habe Deutschland den Niederländern für vier Jahre die Lieferung von mindestens einer Million Tonnen Eisenerz pro Jahr gewährleistet.

Ohne daß es im Augenblick möglich ist, infolge Mangels vollständiger Unterlagen zu dem Vorhaben der Gastwirte Stellung zu nehmen, muß doch schon jetzt die Form, in der der Beistand der Regierung mitteilt wird, schärfste Mißbilligung finden. Die Art und Weise, in der die Gastwirte vorgehen, läßt auf eine Reflexion auf die Regierung hinwirken, die durch die Androhung, die Angehörigen des Protokolls auf die Straße zu setzen, mehr gemacht werden soll. Gegen dieses unzulässige Vorgehen muß im Interesse der zahlreichen Angehörigen, deren Existenz auf dem Spiele steht, seitens der Regierung die geeignete Antwort gefunden werden.

**Für internationale Einigung.**  
Der Zentralausschuß der französischen Sozialisten hat an die Parteileitung der Schweizer Sozialdemokratie von neuem das Ersuchen gestellt, die Einberufung eines Kongresses der Sozialisten aller Länder und aller Richtungen zu überreichen.  
Der Schweizerische Parteiausschuß wird in einer Antwortschrift zu der Angelegenheit Stellung nehmen, doch ist nur eine schwache Aussicht für die Übernahme der Aufgabe vorhanden.

**Heudler und Demagogen.**  
Zum Beweise, daß die blutigen Vorgänge in Berlin von den Unabhängigen vorbereitet waren, wird jetzt in der bamberger Presse eine Rede des unabhängigen Parteisekretärs Soltau angeführt, die dieser am 11. Januar in einer Versammlung in Geroldshausen gehalten hat. Dieser führte u. a. aus: Am 13. oder 14. Januar wird die Regierung gefordert, es ist alles vorbereitet, wir brauchen nur auf den Anruf zu drücken.  
Damit und mit dem bisherigen Tone der unabhängigen Demagogen verleihe man den Aufbruch, den der Parteivorstand der U. S. P. in seiner Presse löst, und der er seine Partei von aller Schuld an den blutigen Berliner Vorgängen rein zu machen sucht. Als ob nicht schon jener Aufbruch, mit dem die U. S. P. und A. P. zu der Demonstration auftraten, eine deutliche Sprache gesprochen hätte!

## Die ersten Ge'angenen heimgeführt.

**Amsterdam, 21. Jan.** Nach einer Meldung des „Nachener Volksfreund“ traten heute die ersten Ge'angenen aus dem französischen Norden in Herbsthal ein. Der erste Zug kam um 6 Uhr 30 Min. früh hier an. Er brachte 998 Mann aus dem Saener Bize, die von hier nach kurzem Aufenthalt nach Zürich weitergeleitet wurden.  
Wenige Stunden später lief auch der zweite Ge'angenenzug ein, der 1081 Mann mitbrachte, die nach dem Durchgangslager Düren weitergeleitet wurden.  
Die Stimmung der Zurückkehrenden ist durchaus gut. Ihr Befinden ist ebenfalls zufriedenstellend, wie aus ihrer Mitteilung. Der Gesamtbestand, den die Leute machen, die jetzt aus lauzarischer Ge'angenenhaft heimkehren, ist im allgemeinen gut. Es handelt sich durchweg um Leute aus dem linksrheinischen Gebiet und

Es ist immer wieder die alte Geschichte: Vor der Tat können die Unabhängigen nicht genug Propaganda machen, nach der Tat, wenn sie mitbringen ist, wollen die Unabhängigen von der ganzen Sache nichts wissen. Und wenn ihre Gemütszustände an den unerschütterlichen Ansehensverlust der Regierung überlassen, dann werden sie beneidlich über die „gemäßigten Sozialdemokratischen Regierungen...“  
Heudler und Demagogen!

das Gebete verstummen lassen,  
daß die gegenwärtige Eisenbahnerbewegung politischen Charakter habe und politischen Charakter trage. Gemäß in einzelnen Bezirken und Orten haben sofort gewisse politische Drahtzieher ihre Zeit für gefundene ersucht und mit allen demagogischen Mitteln versucht, die erregten Eisenbahner ihren Zwecken nutzbar zu machen. Der nun aber weiß, wie vor dem Arzige infolge der reaktionären Maßnahmen der Regierungen der einzelnen Länder jede gewerkschaftliche Schutzing der Eisenbahner unmöglich gemacht war, der wundert sich kaum über die Verirrungen, die die aus der schweren wirtschaftlichen Not geborene Bewegung teilweise zeitigte. Dieser vorangegangenen Demagogie einzelner gewissenloser Drahtzieher hätte am besten Einhalt geboten werden können durch eine redaktionelle Beteiligung der Streikführer, d. h. Bewilligung einer ausreichenden Entlohnungserhöhung. Ziel zu hat erfolgte die Erhöhung der laufenden Löhnezuzulagen um 150 Proz. für die Beamten. Nicht anders verhielt es sich mit der reaktionären Vorgehensweise für die politischen Eisenbahner und Hilfsbeamten. Nachdem festgestellt wurde, daß die Preissteigerungen auf allen Gebieten ihren Fortgang nehmen, ebenso die weitere Werteverminderung nicht aufzuhalten ist, mußte eine weitgehende Regierung und Eisenbahnerverwaltung die Konsequenzen daraus ziehen, d. h. eine angemessene Entlohnungserhöhung zu beschließen. Statt dessen erhielten die Beamten eine 50-prozentige Löhnezuzulagenvermehrung, während die Stundenlohnvermehrung für die Arbeiter und Hilfsbeamten 30 Fig. betragen sollte. Wie man die Zugeständnisse der Wirtschaft entziehen, beweisen die bald darauf vorgenommene Steigerungen für Beamte um 150 Prozent, für die Arbeiter und Hilfsbeamten durchschnittlich um eine Mark pro Stunde. Die Zugeständnisse erfolgen

und Breslau gemeldet. Durch derartige frivole und vor allem unabhäre Verträge von Verwaltungsbeamten wird die wilde Streikbewegung geradezu gestärkt.

Dies muß ein gründlicher Wandel erfolgen, wollen wir künftige Erschütterungen unserer Verfassungsorgane und damit unserer Volkswirtschaft verhüten.  
Dann noch eine Angelegenheit, die schon jetzt besprochen werden muß. Der vor dem höchsten stehende Tarifvertrag für die preussischen Eisenbahnarbeiter und Hilfsbeamten sieht eine Anzahl Wirtschaftsklassen für jeden Direktionsbezirk vor. Naturgemäß haben bei der Einreichung alle drei den Wunsch, in die erste Klasse zu kommen. Welche Wirkungen dabei eintreten können, zeigt die Betrachtung der Löhne. Der Höchstlöhnenlohn für Bandarbeiter beträgt in Wirtschaftsklasse I mit Ausnahme Berlins, das mit 3,60 Mark, eine Sonderstellung einnimmt) 3,50 Mark, Klasse II 3,30 Mark, Klasse III 3,10 Mark, Klasse IV 2,90 Mark, Klasse V 2,70 Mark. Die alte und derzeit noch geltende Lohnforderung sah 10 Vorklassgruppen vor. Seit ihrem Bestehen (Dezember 1918) haben hunderte von Dienstkräften in förmlicher Weise eine andere Einstufung verlangt.

Die Anträge, die nur zu oft mit einer Streikandrohung versehen waren, sollten durch die Tarifberatung ihre Erledigung finden. Aber schon jetzt zeigt sich, daß dies nicht der Fall sein wird, denn immer mehr häufen sich die Forderungen auf Einreichung in die erste Wirtschaftsklasse. Kein Zweifel, die Not ist überall groß und eine sorgfältige und vor allem gerechte Prüfung muß erfolgen, sollen neue Verbessehrungen vermieden werden. Da gibt es nur ein Mittel. Es müssen sofort entsprechende Maßnahmen getroffen werden, die eine überzeugende Beweisführung bei jeder Eingruppierung gestatten. Das einzige Mittel ist in E. die sofortige Errichtung amtlicher Stellen zur laufenden Begründung der Höhe der Lohnhöchstlohn. Selbstverständlich mit einer Einziehung von Vertretern aus Arbeiter- und Beamtenkreisen. Gelingt es, eine solche lückenlose Organisation zu schaffen und ihr das Vertrauen der Bevölkerung zu sichern,

leider erst in zusätzlicher Stunde,  
als die Organisationen des Personals erklärten, die Verantwortung für den weiteren Verlauf der Bewegung nicht länger tragen zu können.  
Der Vorgang zeigt es recht, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit immer noch nicht die Würdigung an den zuständigen Regierungen und Verwaltungsstellen findet, die sie verdient. Treffend wird diese Auffassung illustriert durch Anmerkungen einzelner Verwaltungsbeamten. So äußerte sich ein Ministerialdirektor aus dem Reichsfinanzministerium gegenüber einer rheinischen Eisenbahnerdeputation, die plötzlich einsetzende Streikbewegung habe zur Eröffnung der Zulagen für die Beamten geführt. Noch eigenartiger verhielt sich der Regierungsrat Marenbach von der Direktion Essen, der bei den Tarifberatungen in Berlin die Interessen der Verwaltung vertrat und dementsprechend in seiner Weise für durchgehende Lohnvermehrungen sprach. Nach seiner Mithilfe erklärte er jedoch den Eisenbahner in Essen, es wären höhere Zuschläge festgesetzt worden, wenn die Gewerkschaften und vor allem der Vorklassende Chefstell von Deutschen Eisenbahner-Verband energischer aufgetreten wären. Ähnliche Bemerkungen wurden uns von Direktionsvertretern aus Hannover, Frankfurt a. M.

so haben wir ein elastisches Mittel in der Hand, um von Monat zu Monat nachsprühen, ob irgend einem Dr. Unrecht bei der Zuteilung zu einer Wirtschaftsklasse geschieht.







Protest der Landesversammlung gegen Preußens Verkümmelung.

Die Preussische Landesversammlung leitete am Mittwoch die Wiederannahme ihrer Tätigkeit mit einer...

läßt sich zahlenmäßig gar nicht berechnen. Zu diesem Schaden steht die von der Regierung fertiggestellte Summe von 125 000 Mfr. in nur seinem Verhältnis.

Hr. Schubin (Hr.): Die Verheerungen des Hochwassers im Rheingebiet sind furchtbar. Es ist daher dankbar zu berichten, daß die preussische Regierung im Gegensatz zum Reich ein in der Höhe unbegrenzten Kredit für die Hilfsaktion forbert.

Hr. Dr. Jordan (Dem.): Der Wohnungsminister muß dafür sorgen, daß nach dem Abflauen der Flut die noch Hg. Neubaus (Dn): Die Hilfe darf sich nicht auf Geld beschränken, es müssen Nahrungsmittel geliefert werden.

Der Staatsbankrott

nimmt in letzter Zeit einen breiten Raum in allen Diskussionen ein. Er ist von den Oppositionsparteien in das Volk geworden worden, um neue Beunruhigungen hervorzurufen.

Sozialdemokratischer Verein für Halle

wird darum am Dienstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im Saale des „Reichertsaal“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung abhalten, in der Herr

Professor Dr. Waentig

aussärend und erwidrend über das wichtige und interessante Thema sprechen wird. Keiner der Genossen und Genossinnen darf diese Verammlung veräumen.

Hr. Kalle (D. Vpl.) istleht sich den Korredieren an. Vor allem ist es wichtig, die Stimmung im Rheinlande zu heben.

Hr. Bekker (U. S.): Am schwersten sind die Arbeiter betroffen.

Minister Dr. Sildemum: Daß die Regierung die Hilfsaktion soweit wie möglich einleitet, versteht sich von selbst, das war ihre Pflicht.

Steigerung der Solidarität muß wieder in allen Kreisen befestigt werden. (Sehr richtig.) Auch vorgebende Maßnahmen sind erwidert durch die Tatsache, daß wir ein freies Veräußerungsgeschäft über unsere Ströme nicht mehr haben.

an. Das Gefühl der Solidarität muß wieder in allen Kreisen befestigt werden. (Sehr richtig.) Auch vorgebende Maßnahmen sind erwidert durch die Tatsache, daß wir ein freies Veräußerungsgeschäft über unsere Ströme nicht mehr haben.

Es folgt die Beratung des Antrages Dr. Jähnders (Hr.) und Genossen betr. die Verlegung der landwirtschaftlichen Hochschule aus Berlin.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Hr. Adolf Hoffmann (U. S.) will morgen an erster Stelle seinen Antrag, die sofortige Aufhebung des Beschlages über den Reichertsaal, behandeln lassen.

Hr. Keller (Soz.): Der Antrag soll verhandelt werden, aber das soll nicht morgen geschehen, da die Unabhängigen die Verhängung des Beschlages zu bekämpfen notwendig gemacht haben. (Lärm bei den U. S.)

Richtige Sitzung morgen, Donnerstag, 12 Uhr: Anträge betr. die Beamtenbesoldungsfragen.

Barrel-Angelegenheiten.

Funktionäre der S. R. D. Kreise, den 23. abends 7 Uhr im „Quantinerbräu“, wichtige Sitzung. Tagesordnung: 1. Die politische Lage. 2. Festlegen des Tages. 3. Geschäftsbesprechung.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Hr. Dr. Jähnders (Hr.) berichtet über die Anschauungsverhandlungen. Der Ausschuss erachtet, der Regierung die Mittel zur Verlegung der Hochschule befristet zur Verfügung zu stellen und die Gleichstellung der Professoren der landwirtschaftlichen und tierärztlichen Hochschulen mit den ordentlichen Universitätsprofessoren herbeizuführen.

Aus dem Stadtkreis.

Halle 22. Januar 1920.

Das Urteil im Prozeß Reichardt.

Geen den ehemaligen Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

Wegen Annahme der Reichsminister des S. Rates Reichardt fällt das Reichsgericht seinen vorläufigen Urteil: Reichardt wird mit dem Reichsminister Reichardt...

11. B. Berlin, 21. Jan. (102. Sitzung.) 2 Uhr nachmittags.

Herrnpräsident Dr. Vorhöf: Der jetzt in Kraft getretene neue Friedensvertrag reißt unter völliger Nichtachtung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker viele Gebiete mit fernabliegender Bevölkerung von Preußen los, die in jahrhundertlangem Zugehörigkeit zu unserem Lande auf eine hohe Stufe der Kultur gehoben worden sind.

Hr. Hoffmann (U. S.): Auch die U. S.-Fraktion beklagt die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes, weshalb verlangen auch wir die Revision. Wir erstreben sie nicht durch einen neuen Krieg, wir erwarten aber, daß die Völker das Selbstbestimmungsrecht aus den Händen der Internationalen Sozialdemokratie erhalten werden. Ihr wird die Gerechtigkeit der Welt den Sieg verleihen.

Hr. Vorhöf: Die Bitte der Regierung, sie zu unterstützen, den Reichsversammlungsgeschieden im Falle eines weiteren Abstoßes zu gewähren und die hierfür erforderlichen Unterstellungen aus den bereiten Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Ministerpräsident Siegel: Ich danke den Präsidenten, daß er den Gegenstand zur Zeit aus der Tagesordnung entfernt hat. Unser Antrag bezieht eine sofortige Hilfsaktion für die durch das Schicksal betroffenen Gebiete. Die Überchwemmungen im Rheinlande haben

unersetzbare Schäden für das Lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125 000 Mfr. zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht bei weitem nicht aus, wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Reichstag bis zum Beschluß der Wahlmännerchaften. Das von dem Unheil betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt bedroht, diesen können von dem Waffensstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Gebieten jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Hr. Vorhöf (Soz.): Ein Unheil kommt selten anderem Volk. Durch Frost und Mitternächte ist unsere Bevölkerung gefährdet und jetzt, wo wir endlich die Kriegsgeschehnisse wieder in der Heimat begreifen wollen, ist ein doppeltkatastrophisches ein, wie wir sie in Westfalen erleben nicht erlebt haben. Der Schaden

unersetzbare Schäden für das Lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125 000 Mfr. zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht bei weitem nicht aus, wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Reichstag bis zum Beschluß der Wahlmännerchaften. Das von dem Unheil betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt bedroht, diesen können von dem Waffensstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Gebieten jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Hr. Vorhöf (Soz.): Ein Unheil kommt selten anderem Volk. Durch Frost und Mitternächte ist unsere Bevölkerung gefährdet und jetzt, wo wir endlich die Kriegsgeschehnisse wieder in der Heimat begreifen wollen, ist ein doppeltkatastrophisches ein, wie wir sie in Westfalen erleben nicht erlebt haben. Der Schaden

unersetzbare Schäden für das Lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125 000 Mfr. zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht bei weitem nicht aus, wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Reichstag bis zum Beschluß der Wahlmännerchaften. Das von dem Unheil betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt bedroht, diesen können von dem Waffensstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Gebieten jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Hr. Vorhöf (Soz.): Ein Unheil kommt selten anderem Volk. Durch Frost und Mitternächte ist unsere Bevölkerung gefährdet und jetzt, wo wir endlich die Kriegsgeschehnisse wieder in der Heimat begreifen wollen, ist ein doppeltkatastrophisches ein, wie wir sie in Westfalen erleben nicht erlebt haben. Der Schaden

unersetzbare Schäden für das Lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125 000 Mfr. zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht bei weitem nicht aus, wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Reichstag bis zum Beschluß der Wahlmännerchaften. Das von dem Unheil betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt bedroht, diesen können von dem Waffensstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Gebieten jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Hr. Vorhöf (Soz.): Ein Unheil kommt selten anderem Volk. Durch Frost und Mitternächte ist unsere Bevölkerung gefährdet und jetzt, wo wir endlich die Kriegsgeschehnisse wieder in der Heimat begreifen wollen, ist ein doppeltkatastrophisches ein, wie wir sie in Westfalen erleben nicht erlebt haben. Der Schaden

unersetzbare Schäden für das Lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125 000 Mfr. zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht bei weitem nicht aus, wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Reichstag bis zum Beschluß der Wahlmännerchaften. Das von dem Unheil betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt bedroht, diesen können von dem Waffensstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Gebieten jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Hr. Vorhöf (Soz.): Ein Unheil kommt selten anderem Volk. Durch Frost und Mitternächte ist unsere Bevölkerung gefährdet und jetzt, wo wir endlich die Kriegsgeschehnisse wieder in der Heimat begreifen wollen, ist ein doppeltkatastrophisches ein, wie wir sie in Westfalen erleben nicht erlebt haben. Der Schaden

unersetzbare Schäden für das Lebende und tote Eigentum der Einwohner zur Folge. Die ärmere Bevölkerung wird besonders hart betroffen. Zur Linderung der Not hat die Regierung sofort 125 000 Mfr. zur Verfügung gestellt. Diese Summe reicht bei weitem nicht aus, wie hoch sie sein muß, läßt sich noch gar nicht feststellen. Die Regierung bittet daher den Reichstag bis zum Beschluß der Wahlmännerchaften. Das von dem Unheil betroffene Gebiet liegt zum großen Teil in der besetzten Zone. Es ist also doppelt bedroht, diesen können von dem Waffensstillstand und den Friedensverhandlungen besonders hart betroffenen Gebieten jede mögliche Hilfe zu bringen. (Beifall.)

Hr. Vorhöf (Soz.): Ein Unheil kommt selten anderem Volk. Durch Frost und Mitternächte ist unsere Bevölkerung gefährdet und jetzt, wo wir endlich die Kriegsgeschehnisse wieder in der Heimat begreifen wollen, ist ein doppeltkatastrophisches ein, wie wir sie in Westfalen erleben nicht erlebt haben. Der Schaden

Die der Banken in den Steuerfluchtverfahren und in der Reichsbankübernahme übertragen, während Aufsehen haben...

Rathschüsse. Anselm Karer Nachlass wird eine meiste Veranlassung über die Einzahlung in die Reichsbank...

Die kaiserliche Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsschlichtenden und Kriegshinterbliebenen hielt am Sonntag...

Telegrammverkehr für An und Ausland. Darüber erfahren wir von der Oberpostdirektion folgende Aufschlüsse...

Eintragsbuchhaltung. Gelesen nachmittags wurde in eine Wohnung in der Kleiststraße einbezogen...

Antwortschreiben. Am 23. Januar um 23 Uhr nach 5 Uhr...

Am Abend der vertriehenen Gieß-Ölwerke werden am nächsten...

Reise nach Köln. Am 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr...

Aus dem Verbreitungsbezirk. Zur Verleumdung.

Es ist eine viel zu beachtenswerte Tatsache, daß die Hand...

darf. Ringebe die die Rede davon, daß diese Arbeitsteil durch...

Die Nachzustellung der Unternehmerr tritt auch in einer...

Streik im Renninger. Sämtliche Arbeiter der Baukassen im Renninger haben...

Hamburg. Gründung einer Meier-Verzinsung. Hier ist eine öffentliche Meier-Verzinsung...

Direktorium. Was erwartet die Beamtenschaft von der Sozialdemokratie? Über dieses Thema...

Wahlrecht. Mitglieder der Beamtenschaft. Nach dem...

Stellen. Verschiedenes. Das politische Leben ist...

wirden. Inzwischen in puncto puncto abgemessenen Verhältnissen...

Parteiangriffen. Obenbet der Hochwahlergebnisse.

Von unserm Parteiverein in Oberrath 6. Bahn gehen folgende...

Gemeinschaftliches.

Der außerordentliche Verband der Belegschaften. Obwohl der...